

Die **EU-Kommission** und die **Bundesrepublik Deutschland** haben auf der Basis der grundsätzlichen Verständigung vom Oktober 2015 eine Einigung im laufenden EU-Beihilfverfahren der **HSH Nordbank** erzielt. Für die Landesbank sind damit die offenen bilanzrelevanten Fragen geklärt, zu denen auch die Bewertung des an die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein zu übertragenden Portfolios zählt. Die EU bestätigt damit die bereits im Jahr 2013 vorläufig genehmigte Wiedererhöhung der Garantie von 7 auf 10 Milliarden Euro. Jetzt wird ein formeller Kommissionbeschluss auf den Weg gebracht. Die Garantie stammt aus dem Jahr 2009 und deckt ausschließlich Altrisiken bis zu diesem sieben Jahre zurückliegenden Zeitpunkt ab. Die HSH Nordbank wird ihren Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2015 auf dieser Grundlage aufstellen (siehe Bankenchronik ZfgK 21-2015).

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** hat dem Tech-Unternehmen **Solaris Bank** eine Vollbanklizenz erteilt. Die in Berlin ansässige Gesellschaft bietet eine Banking-Plattform an, die es digitalen Firmen wie etwa Fintechs oder E-Commerce-Unternehmen erlauben soll, Banking-Lösungen für ihre Bedürfnisse zu entwickeln. Die neue Bank will zum zentralen Player im Fintech-Ökosystem in Deutschland und Europa werden.

Der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** hat ein Konsultationspapier im Hinblick auf die Vorgaben zur Kalkulation des Eigenkapitalbedarfs infolge operativer Risiken vorgelegt. Darin wird ein neuer standardisierter Ansatz vorgestellt, der **Standardised Measurement Approach (SMA)**. Der SMA soll die drei derzeitigen Standardansätze ersetzen und die Möglichkeit abschaffen, ein internes Modell zu verwenden – den Advanced Measurement Approach (AMA). Die überarbeitete Methode basiert auf den Geschäftszahlen der Banken sowie den bereits angefallenen operativen Verlusten. Bevor die neue Methode angewandt wird, soll eine Auswirkungsstudie durchgeführt werden. Der Ausschuss erwartet bei den meisten Banken einen neutralen Effekt auf den Kapitalbedarf durch die neue Berechnungsmethode. Die Kommentarfrist zu dem Papier endet am 3. Juni 2016.

Die **Bremer Kreditbank AG** erwirbt die ebenfalls in Bremen ansässige **Bankhaus**

## 5. März 2016 bis 22. März 2016

**Neelmeyer AG** von der **Hypovereinsbank** (UniCredit Bank AG). Der Abschluss der Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Behörden. Die Bremer Kreditbank wies 2015 eine Bilanzsumme von 1,89 Milliarden Euro aus. Sie befindet sich im Besitz der Investoren Texas Bildung Holding GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau, der GIM Strategische Investition VI S.à r.l., Luxemburg, und der Champ Luxembourg Holdings S.à r.l., Luxemburg. Das Bankhaus Neelmeyer verbuchte für 2014 eine Bilanzsumme von rund 1,01 Milliarden Euro. Während die Bremer Kreditbank ihren Geschäftsschwerpunkt in der Betreuung mittelständischer Firmenkunden sowie im Bereich Akquisitionsfinanzierungen und gewerbliche Immobilienfinanzierungen hat, konzentriert sich das Bankhaus Neelmeyer in erster Linie auf die umfassende Betreuung anspruchsvoller Privatkunden.

Die **Portigon AG (PAG)** überträgt sämtliche Anteile der Servicetochter **Portigon Financial Services GmbH (PFS)**, das ist der IT-Dienstleister der ehemaligen WestLB, auf die **Erste Abwicklungsanstalt (EAA)**, also die Bad Bank der ehemaligen WestLB. Die PFS beschäftigt derzeit rund 550 Mitarbeiter an den Standorten Düsseldorf, New York und London. Der endgültige Abschluss der Transaktion wird kurzfristig erwartet. Die EAA greift seit ihrer Gründung auf die Dienstleistungen der PFS zurück.

Gespräche über einen Zusammenschluss zur **Sparda-Bank Nordwest eG** führen die **Sparda-Banken Hannover und Münster**. Das dann neu entstehende genossenschaftliche Kreditinstitut mit Sitz in Hannover hätte eine Bilanzsumme von rund 7 Milliarden Euro. Sein Geschäftsgebiet würde sich auf den größten Teil von Niedersachsen, Bremen und Westfalen erstrecken. Für das Jahr 2015 weist die Sparda-Bank Hannover eine Bilanzsumme von 4,6 Milliarden Euro aus, die Sparda-Bank Münster für 2014 eine Bilanzsumme von 2,3 Milliarden Euro. Der derzeitige Vorstandsvorsitzende in Hannover, Andreas Dill, ist auch als Vorstandsvorsitzender des

neuen Institutes vorgesehen. Angestrebt wird eine Fusion zum 1. Januar 2017.

Die **Deutsche Postbank AG** hat ihre strategische Beteiligung an der **Hypoport AG** von 9,7 Prozent auf unter 5,0 Prozent verändert. Operativ zählt die Postbank unverändert zu den Partnern des Berliner Finanzdienstleisters. Die Bank hatte sich bereits vor dem Börsengang als strategischer Aktionär beteiligt.

Die **Deutsche Bank** hat den Abschluss ihres **Kaufangebots für Anleihen** bekannt gegeben. Das Angebot umfasste den Rückkauf von fünf Euro-Anleihen im Volumen von bis zu 3 Milliarden Euro und von acht US-Dollar-Anleihen im Volumen von bis zu 2 Milliarden US-Dollar. Die Bank hat im Rahmen der beiden Kaufangebote Euro-Anleihen im Nennwert von 1,27 Milliarden Euro und US-Dollar-Anleihen im Nennwert von 0,74 Milliarden US-Dollar, also im Gesamtnennwert von 1,94 Milliarden Euro erworben.

Der **Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV)** hat ein Kooperationsabkommen (Memorandum of Understanding) mit der **China Banking Association (CBA)** unterzeichnet. Die CBA vertritt gegenüber internationalen Organisationen die chinesische Position zu Bank- und Regulierungsfragen und hat etwa 400 Mitglieder. Das Memorandum of Understanding dient einer vertieften Zusammenarbeit zwischen der CBA und der Sparkassen-Finanzgruppe. Es soll insbesondere die Kommunikation und Kooperation mit den lokal ausgerichteten chinesischen City Commercial Banks sowie gemeinsame Interessen in der Regulierung fördern.

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** untersucht, inwieweit **Bonitätsanleihen** aktiv auch an **Privatkunden** vertrieben werden und ob diese ausreichend über die Risiken aufgeklärt werden. Dazu hat die Aufsicht im März marktweit einen Fragebogen an Emittenten von Bonitätsanleihen versandt. Die Untersuchung ist eine der ersten Aktionen der neu gegründeten Verbraucherschutzabteilung der BaFin. Die Aufsicht richtet einen besonderen Fokus auf Bonitätsanleihen, da sie sich von anderen Anlagezertifikaten insoweit unterscheiden, als sie auf der Verbriefung von Kreditrisiken beruhen. Die Behörde rechnet damit, ihre Untersuchung voraussichtlich bis Ende des Jahres 2016 abzuschließen.